

Die Asset- Ökonomie

Lisa Adkins
Melinda Cooper
Martijn Konings

Lisa Adkins | Melinda Cooper |
Martijn Konings

Die Asset-Ökonomie

Eigentum und die neue Logik
der Ungleichheit

Aus dem Englischen von
Enrico Heinemann

Hamburger Edition

Leseprobe

Vorwort

Die Zusammenarbeit, die zur Entstehung dieses Buchs führte, hat sich aus den Gemeinsamkeiten unserer individuellen Forschungsergebnisse. In allen unseren neueren Büchern (Adkins, *The Time of Money*, Cooper, *Family Values*, und Konings, *Kapital und Zeit*) hatten wir hervorgehoben, dass in der gegenwärtigen Gesellschaft eine spekulative vermögens-, also um Assets zentrierte Wirtschaftslogik eine immer größere Rolle spielt. In diesem Buch bauen wir auf dieser Arbeit auf, mit dem Ziel, neu über Klasse und Ungleichheit nachzudenken.

Wir danken besonders der Faculty of Arts and Social Sciences der Universität Sydney, dass sie dieses Projekt als Institution großzügig unterstützt hat, insbesondere durch ihr Future-Fix-Programm »Asset Ownership and the New Inequality«.

Im Folgenden verweisen wir häufig auf die Finanzkrise von 2007/2008. Seit diesem Ereignis haben sich die Ungleichheiten beim vermögensbasierten Wohlstand verschärft. Zur Zeit der Drucklegung dieses Buch erlebte die Welt eine völlig andere Art von Notstand: die Covid-19-Pandemie. In zahlreichen Ländern häuften sich die Todesfälle dramatisch, Regierungen verhängten Ausgangssperren und Kontaktbeschränkungen, und Millionen Menschen verloren ihre Beschäftigung, weil Unternehmen schließen mussten. Auch trug die Krise stark dazu bei, dass die bestehenden Ausmaße an Ungleich-

heit in den Blick rücken. Während Vermögende die Möglichkeit hatten, in Ferienwohnungen Zuflucht zu suchen, konnten sich zahlreiche Beschäftigte keinerlei »soziale Isolierung« leisten, weil sie auf die nächste Gehaltszahlung angewiesen waren. Irgendwo zwischen diesen Extremen gab es eine Mittelschicht, die die Krise, vielleicht mit einigen Blessuren, überstehen konnte, aber immer deutlicher erkannte, wie prekär ihre – finanzielle und andere – Absicherung tatsächlich ist.

Zentralbanken weiteten ihre Ankaufprogramme für Anleihen aus und trieben die »quantitative Lockerung« in Umfang und Ausmaß in neue Höhen. Und obwohl Donald Trump die Auswirkungen der Pandemie auf die öffentliche Gesundheit beharrlich kleingeredet hat, billigte er ein 2 Billionen Dollar umfassendes Rettungspaket, das weitgehend der Logik der Trickle-down-Ökonomie folgt: Es unterstützt angeschlagene Unternehmen in der Hoffnung, dass sie ihre Beschäftigten in Lohn und Brot halten. Andere Länder, darunter Großbritannien und Kanada, garantierten dagegen direkte Lohnfortzahlungen. Solche Schritte nährten Hoffnungen auf ein dauerhafteres Wiederaufleben des Keynesianismus oder sogar auf ein radikales Programm für eine progressive Wirtschaftspolitik. Aber auch wenn außergewöhnliche Herausforderungen den Horizont für politische Möglichkeiten erweitern, dürfen wir nicht vergessen, dass nach der Krise von 2007/2008 die erhoffte Rückkehr zum Keynesianismus rasch in eine aggressive Austeritätspolitik umgemünzt wurde.

Diesmal steht politisch noch mehr auf dem Spiel. Wenn die Zeit nach der Covid-19-Pandemie mit einer weiteren Welle der Vermögenspreisinflation einhergeht und Wohneigen-

tum die einzig reale – aber immer unrealistischere – Möglichkeit für »einfache« Menschen bleibt, an deren Logik teilzuhaben, dann setzt sich auch im nächsten Jahrzehnt die soziale und politische Polarisierung fort, die für die vergangene Dekade so kennzeichnend war.

Einführung

Anfang 2019 prägte *The Economist* den Begriff »Millennial-Sozialismus« für das Anwachsen einer kritischen linksorientierten Stimmung in einer Generation, die bis vor Kurzem noch vor allem für ihr Anspruchsdenken und ihre Fixierung auf die sozialen Medien bekannt gewesen war. Das Blatt verwies dabei auf den großen Prozentsatz an jungen Menschen, die positiv über den Sozialismus denken, und darauf, dass »[i]n den Vorwahlen 2016 Bernie Sanders mehr Stimmen von jungen Leuten auf sich vereinigen konnte als Hillary Clinton und Donald Trump zusammengenommen«. Der *Economist* räumte ein, dass manche dieser Millennials für ihre politischen Einstellungen vielleicht gute Gründe hatten, verkündete aber sogleich, dass ein Verständnis für diesen Trend keineswegs dazu verleiten dürfe, ihn gutzuheißen oder zu legitimieren: Der Sozialismus bleibe so gefährlich, wie er immer gewesen sei. Der Millennial-Sozialismus sei überaus »pessimistisch« und beinhalte »politisch gefährliche« Wünsche. Auch wenn das Blatt seiner »erfrischenden Bereitschaft, den Status quo infrage zu stellen«, eine gewisse Anerkennung zollte, prangerte es heftig seinen naiven »Glauben an die Unbestechlichkeit des kollektiven Handelns« an. Der *Sydney Morning Herald* zog im selben Monat mit einem Meinungsartikel nach, laut dem der Millennial-Sozialismus seine Ursachen in der »wachsenden Sorge« der Millen-

nials »um ihre wirtschaftlichen Aussichten« habe (und insbesondere, weil es praktisch unmöglich geworden ist, in den größten Städten des Landes noch Wohneigentum zu erwerben). Aber nichtsdestotrotz spiegele er als eine politische Entscheidung doch offenbar vor allem Unkenntnis und Vergessenheit wider, was die Schrecken des Kommunismus betreffe.¹

Die Aufmerksamkeit, die die etablierten Medien der politischen Positionierung der Millennial-Generation widmeten, zeugt von einer sich verändernden Realität. Diesen politischen Bewusstseinswandel als ein Schisma zwischen den Generationen darzustellen, scheint allerdings auf dürftigen konzeptionellen Grundlagen zu beruhen. Auch wenn die Generationenanalyse in die öffentliche Debatte zurückkehren mag, ist sie in den Sozialwissenschaften faktisch weitgehend aus der Mode gekommen. Die Vorstellung, dass eine ungefähr zeitgleiche Geburt oder das Miterleben derselben historischen Ereignisse eine natürliche Solidarität schaffe, gilt inzwischen als allzu grobe Vereinfachung, bei der eine Reihe anderer struktureller Ungleichheiten außer Acht bleibt, die sich auf die Stellung der Menschen in der sozialen Hierarchie weitaus stärker auszuwirken scheint. So, wie es arme Babyboomer*innen gibt, gibt es auch märchenhaft reiche Millennials.

Dennoch spielt irgendein Element des Unterschieds zwischen den Generationen in der gegenwärtigen Logik offenbar unleugbar eine Rolle. Was machen wir also daraus? In eine Richtung wies hier die *Financial Times*², die zumeist eher be-

1 Switzer, »Anxiety plus Ignorance«.

2 *Financial Times*, »Quantitative Easing was the Father of Millennial Socialism«.

reit ist, die kritische Analyse zu nutzen, um der Aufrechterhaltung des Kapitalismus das Wort zu reden. Unterlegt mit Fotos des Wirtschaftswissenschaftlers und Ex-Zentralbankchefs Ben Bernanke und der demokratischen Politikerin Alexandria Ocasio-Cortez aus der Millennial-Generation vertrat die Zeitung in einem Meinungsartikel, dass die »quantitative Lockerung die Mutter des Millennial-Sozialismus« sei. Diese »Lockerung« ist eine Geldpolitik, auf die im vergangenen Jahrzehnt die Zentralbanken zahlreicher Länder gesetzt hatten, um nach der Finanzkrise 2007/2008 das Wirtschaftswachstum wiederanzukurbeln und so die Große Rezession zu überwinden. Sie beruht auf der Idee, dass Banken und andere Finanzinstitute leichter Kredite vergeben und damit Investitionen, Wachstum und Beschäftigung fördern, wenn die Zentralbanken große Mengen an Liquidität ins Finanzsystem pumpen. Ein Hauptkritikpunkt an diesen geldpolitischen Maßnahmen bestand freilich darin, dass ihr Übertragungsmechanismus faktisch eher ineffizient wirke: In der Praxis habe er nur die Werte von Kapitalanlagen erhöht, *ohne* sich in höheren Wachstumsraten und Beschäftigungsquoten niederzuschlagen.³ Die quantitative Lockerung gilt somit häufig als eine Maßnahme, die Besitzende von Finanz-Assets (oft abwertend als »Rentiers« bezeichnet) auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung reicher macht.

Der genannte Artikel der *Financial Times* fuhr mit einer Beobachtung zu den generationsspezifischen Auswirkungen von Immobilienpreisen fort. Mit einem Hinweis darauf, dass die Entwicklungen von Arbeitseinkommen und Immobilien-

3 Blyth, *Wie Europa sich kaputtspart*; Gane, »Central Banking«.

preisen in den Großstädten (nicht nur in New York und San Francisco) im letzten Jahrzehnt gewaltig auseinanderklaffen, gelangte er zu dem Schluss: »Die Jungen werden ausgesperrt«. In fast allen westlichen urbanen Zentren haben die Immobilienpreise Höhen erreicht, die Mieten besonders teuer und Wohneigentum für viele praktisch unerschwinglich machen. Auch wenn Wohnraum keineswegs die einzige Anlageform ist, die in der gegenwärtigen politischen Ökonomie eine bedeutende Rolle spielt, nimmt er in der Analyse, die wir im Folgenden darstellen, eine zentrale Stellung ein. Die Inflation der Immobilienpreise in den urbanen Ballungsräumen bildet den Kern einer neuen Logik der Ungleichheit.

Dabei beschränkte sich diese Inflation nicht auf das letzte Jahrzehnt. In allen Großstädten der westlichen Welt waren die Immobilienpreise schon seit Jahrzehnten gestiegen. Wäre das Problem allein in der vergangenen Dekade aufgetaucht, würden wir nur auf ein Bündel aus völlig unangemessenen politischen Maßnahmen schauen, das sich inkompetente oder korrupte Eliten ausgedacht hätten. Das wäre zwar verheerend genug, aber wir könnten so vernünftigerweise darauf hoffen, dass ein vermehrtes Bewusstsein für das Problem zu einer demokratischen Gegenbewegung und zu einer Abkehr von der quantitativen Lockerung führen würde. Aber das Problem ist älter und greift tiefer ins soziale Gefüge ein. Wie wir im Folgenden sehen, ist die quantitative Lockerung nur die sichtbare Version einer Finanzpolitik, die seit den 1980er Jahren mit dem Ziel verfolgt wurde, den Besitz von Assets profitabel zu machen. Auch dürfen wir diese Entwicklung nicht voreilig als ein Projekt abtun, das nur darauf angelegt war, eine kleine

Elite auf Kosten der übrigen Bevölkerung zu bereichern, wie es die gegenwärtige Diskussion mit ihrem Fokus auf den rasanten Vermögenszuwachs beim oberen 1 Prozent nahelegt. Dessen Abkoppelung von der übrigen Bevölkerung ist ein allzu reales Problem, das sich aber deswegen so dornig und unlösbar zeigt, weil es in einer umfassenderen institutionellen und gesellschaftlichen Konstellation verankert ist, aus der bestimmte politische Wählerschaften hervorgingen. Diese haben an eben dieser Politik ein unerschütterliches Interesse.

Deswegen ist es hier wichtig, nicht voreilig Kritik an einem »Rentierismus« zu erheben. Das mag dazu nützen, um moralische Empörung oder Besorgnisse angesichts einer Welt auszudrücken, die einigen ein Einkommen ohne Arbeit beschert, ist als Analysemethode aber nur ein stumpfes Werkzeug. Kritik an der Rentenökonomie gibt es schon lange. Sie diente der Linken, seien es gemäßigt progressive Reforme*innen, die politische Arbeiterbewegung oder radikalere Strömungen, über viele Jahre als ein bevorzugtes Instrument. Tatsächlich war es schon ein Anliegen von John Maynard Keynes gewesen, »den sanften Tod des Rentners«⁴ (*euthanasia of the rentier*) herbeizuführen, und viele gewannen den Eindruck, dass der Kapitalismus zur Mitte des 20. Jahrhunderts genau dies geleistet habe, indem er seine Wirkweisen mit den Bedürfnissen der erwerbstätigen Menschen in Einklang brachte. Die vergangenen Jahrzehnte trugen allerdings stark dazu bei, diese Sichtweise von Kapital, das im Interesse der Gesamtgesellschaft arbeiten kann, zu unterminieren. Hatte die Kritik

4 Keynes, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung*, S. 317.

am unproduktiven Rentierismus vor allem von linker Seite dazu gedient, den Neoliberalismus seit dessen Anfängen unter Beschuss zu nehmen,⁵ so kehrte sie in neuerer Zeit – nach Erscheinen von Thomas Pikettys Buch *Das Kapital im 21. Jahrhundert* – in die allgemeine öffentliche Debatte zurück.

Piketty sieht die wachsende Ungleichheit hauptsächlich mit Blick auf die Vermögen der Rentiers an der Spitze der Gesellschaft. Wir argumentieren in diesem Buch, dass deren Vermögenszuwachs nur Teile eines umfassenderen Phänomens ist, dem wir auf den Grund gehen müssen. Indem Piketty die heutigen Trends als eine Rückkehr in die Zeit vor der »keynesianischen Euthanasie« darstellt, unterschätzt er nach unserer Argumentation die qualitativ andere Logik, die die Mechanismen der Entstehung von Ungleichheit in heutiger Zeit antreibt. Auch wenn es sicherlich wichtig ist nachzuvollziehen, wie sich der für Ungleichheit sorgende rasante Vermögenszuwachs an oberster Spitze in einer demokratischen Gesellschaft so lange fortsetzen konnte, müssen wir ihn als Teil einer umfassenderen, eher strukturellen Neukonfiguration von Ungleichheitsmustern erkennen. Immerhin hatte die Massendemokratie als ein zentraler Treiber gewirkt, der zu den politischen Ausgleichsmaßnahmen des New Deal und des Nachkriegsstaates führte. Die »Rentiers-Funktion« hat sich inzwischen in erheblichem Ausmaß im sozialen Leben als Ganzes eingebürgert, allerdings ohne dass sich das wachsende Bewusstsein dafür, dass Vermögensbesitz häufig einträglicher ist als Erwerbsarbeit, bislang in ein neues Verständnis von

5 Duménil/Lévy, »Costs and Benefits of Neoliberalism«; Onaran/Stockhammer/Grafl, »Financialisation«; Standing, *Prekariat*.

Klasse und Ungleichheit niedergeschlagen hätte. Obwohl das Phänomen steigender Immobilienpreise eine Fülle von Kommentaren hervorrief, greifen wir tendenziell auf ältere, auf Arbeit und Beschäftigung basierende Modelle zurück, wenn es darum geht, auf systematische Art über Klasse, Ungleichheit und soziale Schichtung nachzudenken.

Das Schlüsselement, das Ungleichheit prägt, ist inzwischen nicht mehr die Arbeitsbeziehung, sondern vielmehr, ob jemand in der Lage ist, Assets zu erwerben, deren Wertzuwachs die Preis- und Lohnentwicklung übertrifft. Beschäftigung bleibt insofern ein wichtiger Faktor, als sie die Fähigkeit zum Erwerb von Vermögenswerten (z. B. zur Bedienung einer Hypothek) bestimmt, aber sie ist immer stärker eben nur einer unter vielen verschiedenen Faktoren. Auch wenn das Einkommen aus Arbeit für viele Menschen natürlich noch das entscheidende Mittel darstellt, um täglich ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, ist der wichtige Punkt dabei, dass es für sich genommen immer seltener als Grundlage für einen Lebensstil dient, den die meisten als einen der Mittelschicht ansehen würden. Die Wertsteigerung von Assets wurde durch ein besonderes institutionelles Geflecht herbeigeführt, welche die Sozialstruktur grundlegend neu ausgestaltet hat – in dem Sinn, dass Vermögensbesitz als eine Determinante für die Klassenposition jetzt wichtiger wird als Beschäftigung.

Diese Realität erfährt die Millennial-Generation erstmals in voller Härte. Der generationelle Aspekt ist somit nicht deshalb wichtig, weil er in einer einheitlichen Erfahrung des sozialen Lebens oder in einer klaren Spaltung zwischen Generationen bestünde (wie ein naiver Ansatz der Generationsanaly-

se unterstellen würde), sondern weil er die wirtschaftlichen Bruchlinien sichtbar macht, die durch vier Jahrzehnte neoliberaler Steuer- und Finanzpolitik in Erscheinung getreten sind. Immerhin haben einige Millennials Zugang zu elterlichem Wohlstand (häufig seinerseits entstanden durch die Inflation der Immobilienpreise), der es ihnen ermöglicht, sich in die Dynamiken der Asset-Inflation einzukaufen. Was wir gegenwärtig sehen, ist eine Entwicklung, bei der intergenerationale Transfers und Erbschaften die Lebenschancen in immer stärkerem Maß bestimmen.

Ganz wichtig dabei: Diese Entwicklung ist eher nicht als eine Rückkehr in eine frühere Ära zu verstehen, in der Eigentum (im Allgemeinen unter Männern) mehr oder weniger stabil und zumeist geräuschlos von einer Generation an die nächste weitergereicht wurde. Die Erbschaft ist nicht mehr eine einfache Übertragung von Eigentumsansprüchen, sondern zunehmend ein strategisch eingesetzter Transfer von Finanzmitteln, die zeitlich günstig als Hebel genutzt und in der spekulativen Logik der Asset-Ökonomie eingesetzt werden müssen. In dieser neuen Logik der Ungleichheit verbindet sich die »hypermakalistische« Logik der Finanzialisierung mit der »feudalen« Logik der Erbschaft mit dem Effekt, dass sie die soziale Klassenstruktur insgesamt umgestaltet. Die generationelle Dimension spielt mit der spekulativen Logik des gegenwärtigen Finanzsystems zusammen und prägt so vermögensbasierte Lebenszeiten aus.

Inhalt

Vorwort __ 7

Einführung __ 11

Die Anlage dieses Buchs __ 19

Asset-Logiken __ 27

Von der Waren- zur Asset-Logik __ 27

Minskyianische Haushalte __ 34

Die zentrale Bedeutung der Immobilie __ 42

Die Asset-Ökonomie beherrschen __ 49

Die Entstehung der Asset-Ökonomie __ 55

Preisinflation und Vermögensdeflation in den
1970er Jahren __ 55

Verschiebungen im Steuer- und Finanzsystem __ 58

Die Demokratisierung des Asset-Besitzes und
ihre Widersprüche __ 69

Neue Klassenrealitäten __ 83

Entwicklungslinien der Klassentheorie __ 83

Klasse und Generation __ 94

Vermögensorientierte Lebenszeiten __ 103

Fazit __ 119

Literaturverzeichnis __ 137

Lisa Adkins ist Professorin für Soziologie und leitet die School of Social and Political Sciences an der Universität Sydney.

Melinda Cooper ist Professorin für Soziologie an der Australian National University Canberra.

Martijn Konings ist Professor für politische Ökonomie und Sozialtheorie an der Universität Sydney.

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.hamburger-edition.de

© der deutschen Ausgabe 2024 by Hamburger Edition

© der Originalausgabe 2020 by Lisa Adkins, Melinda Cooper,
and Martijn Konings

This edition is published by arrangement with Polity Press Ltd., Cambridge

First published by Politiy Press 2020

Titel der Originalausgabe: »The Asset Economy. Property Ownership
and the New Logic of Inequality«

Gestaltung: Lisa Neuhalfen, Berlin

Satz aus der Alegreya Serif und Sans

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-86854-386-5

1. Auflage Mai 2024